

14. August 2010

### **Was ist los mit der PDL?**

Zu den Hintergründen

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger,

Nachfolgend einige Beiträge zur Auseinandersetzung in der Partei, die sich nur vordergründig um das Auto oder das Einkommen unseres Vorsitzenden Genossen dreht. [weiter lesen](#)

12. August 2010

### **Volksverarschung: "Rente mit 67" - "Rente mit 70"**

Rentenkürzungen

***Die Kürzung der Renten aus der Lohnarbeit gehört zum Regierungs- und Parlamentsprogramm des Kapitals.***

Im Bundesdurchschnitt liegt das Renteneintrittsalter bei 60,5 Jahren!  
Die Arbeitslosenquote und die Langzeitarbeitslosigkeit bei älteren Erwerbslosen ist überdurchschnittlich hoch. [zur Quelle](#) oder [hier weiter](#)

11. August 2010

### **Rhönklinik**

Privatisierung

Die Klinikleitung der Amper Kliniken hat sich schwer blamiert, als sie öffentlich beim Lügen erwischt wurde. In der Kreistagsitzung am 23. Juli wollte Vorstand Uwe Schmid folgendes einbringen:

" durch Anpassungen der Arbeitsorganisation z.B. beim Service und den Reinigungsarbeiten in der Pflege sowie Erhöhung der Stellenpläne im Pflegedienst wird eine Überlastung des Personals vermieden. Die freiwerdenden Kapazitäten werden u.a. zur fachspezifischen Pflege der älter werdenden Patienten eingesetzt."

[weiterlesen](#)

10. August 2010

# Das Linke Sommerloch 2010

innerparteiliche Differenzen

Seit dem Beginn des diesjährigen so genannten Sommerloches wird in der Partei DIE LINKE eine Auseinandersetzung der progressiven Linken und der von Gewerkschaftsfunktionären gesteuerten Kräfte um Klaus Ernst auch ausserparteilich geführt.

Gegenseitige Vorwürfe lassen deutlich erkennen welchem Lager und welchem Denken die jeweiligen Autoren und ihre gelegentlichen Stroh Männern angehören

Unsaubere Methoden werfen besonders jene Profis, die es sich gern an den von der Partei zu vergebenden Posten finanziell gut gehen lassen, den sich emanzipierenden Amateuren vor. Wie einige Coburger Genossen „ticken“ und wie sie wirken wollen, kann man hier nachlesen:

[http://www.netzwerk-linke-opposition.org/90.0.html?&tx\\_ttnews\[cat\]=54&tx\\_ttnews\[pointer\]=2&tx\\_ttnews\[tt\\_ne](http://www.netzwerk-linke-opposition.org/90.0.html?&tx_ttnews[cat]=54&tx_ttnews[pointer]=2&tx_ttnews[tt_ne)

Wer von Demokratie und Sozialismus redet und schreibt, darf nicht im Verdacht stehen, diese Posten für eigene persönliche Ziele benutzen zu wollen. 30% der Wahlberechtigten, machen bereits nicht mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch und haben offensichtlich auch kein Vertrauen in uns, anders zu sein als die Regimeparteien. Dies müssen wir ändern, durch ein von Grund auf anderes Verhalten unseres Führungspersonals im Umgang mit Geldern der Mitgliedschaft und der Steuerzahler

Die Probleme, welche in der Partei seit deren Entstehung immer wieder sichtbar werden, ergeben sich zum Teil aus der nie ganz vermeidbaren Diskrepanz zwischen selbst gestelltem Anspruch und Wirklichkeit.

Auch wir machen die Erfahrung, wie Helmut Stubbe-Da Luz in seinem Buch "Parteiendiktatur - Die Lüge von der "innerparteilichen Demokratie" zu Recht schlussfolgert - Zitat:

„Scheinpolitik zementiert "politische Armut" gilt auch und gerade für die Partei zu, die sich DIE LINKE nennt: *"...Je umfassender jemand lügt und je größer sein Erfolg damit ist, desto eher wird dieser Mensch an seine eigenen Tatsachenverdrehungen glauben und sich in dieser Betrügerei noch steigern.*

*Machen wir nicht immer erneut die Erfahrung, dass eine bestimmte Mischung aus Selbstsicherheit, oberflächlicher Bildung, Umtriebigkeit und Lügenbereitschaft einen Karriereerfolg entscheidend begünstigt? Das liegt wesentlich daran, dass wohl die meisten von uns - ihrer Lebenserfahrung zum Trotz - doch immer bereit sind, sich von einer Minderheit talentierter Lügenbarone und HochstaplerInnen beeindrucken zu lassen..."*

*In einer linken und sozialistischen Partei, die eine neue politische Kultur fordert, müssen unsere Repräsentanten besonderen Anforderungen genügen.*

Aber hier besteht zwischen Anspruch und Wirklichkeit gerade bei den Genossinnen und Genossen aus den oberen Ebenen der Gewerkschaften eine derartige Diskrepanz, die mangelnde Glaubhaftigkeit hinsichtlich des eigenen Handelns und des Umgangs mit den kritischen Parteimitgliedern geradezu produziert und somit nicht zuletzt das Vertrauen der Belegschaften in die Gewerkschaften zerstört.

Aber wenn es die Gewerkschaftsmitglieder nicht gäbe, dann wäre DIE LINKE eine andere Partei. So lange wie das kapitalistische Wirtschaftssystem dominiert, braucht der dienende Mensch eine starke, aber auch vor allem kämpferische, Gewerkschaft die ihn schützt und seine Interessen gegen das Kapital durchsetzen hilft. Und ohne die Gewerkschaftsbasis aus den Betrieben - inklusive der „freigesetzten“

Gewerkschaftsmitglieder im Hartz-IV- „Vollzug“ kann sich heute eine echte linke Partei nicht etablieren.

Es gibt unterschiedliche Meinungen zur gegenwärtigen Auseinandersetzung hinsichtlich der öffentlichen Art und Weise. Dazu muss ich sagen, es missfällt mir sehr - ist aber leider notwendig. Anfragen und Beschlüsse werden in Bayern ignoriert ohne entsprechende Sanktionen. Wer die Satzung missachtet, wer ein Veto eines Schatzmeisters ignoriert und Kritiker beschimpft, disqualifiziert sich selbst. Gerade werden wieder gegen den Landes- Schatzmeister Ulrich Voss von Seiten der Kaderpolitiker Halbwahrheiten und Unterstellungen verbreitet.

Auch in Familien, in den Missbrauch geschieht, ist es ein Tabu mit Außenstehenden über diesen Mißbrauch zu reden. Ohne die Öffentlichkeit wird sich in solchen Familien nichts ändern. Die Linke wird eine Familie, in der jeder aufrechte Mensch eine Heimat finden kann, wenn wir nicht Mauschneln und Ausgrenzen.

Eines müssen wir Klarstellen:

Es geht den meisten mitnichten um die Person Klaus Ernst, wie seine Apologeten den Lesern ihrer Artikel und Leserbriefe glauben machen wollen, sondern um die Abkehr von einer politischen Praxis des kapitalistischen Systems, die Organisationen der sozialen Opposition korrumpiert.

Die extremsten Auswüchse stellen hierbei nicht mehr mal die Abgeordneten dar, sondern Leute wie ein Peter Hartz und seine Vergnügungsreisen, die der Versorgung brasilianischer minderjähriger Mädchen dienen. Politisches Führungspersonal der Linken sollte mit diesem finanziellen Sündenpfehl, den uns das kapitalistische Regime zur bürgerlich-demokratischen Beruhigung anbietet, fern bleiben.

Niemand kann auf Grund seiner politischen Tätigkeit mehr als €3500.- Euro rechtfertigen (plus €500.- für jedes Kind), so lange Hartz4-Empfänger von ihren €359.- noch Mitgliedsbeiträge zahlen müssen.

Das entspricht immer noch fast dem Faktor 10 im Einkommensunterschied und erhöht sich noch weiter, wenn das LINKE ARGE-Opfer noch Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft ist. Mit dem Einkommensunterschied wächst auch der Unterschied in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität. Das kann dann mitunter dazu führen, dass ein Landesvorsitzender der LINKEN, der im Aufsichtsrat der Rhön Klinikum AG sitzt, in der bayerischen Staatszeitung erzählt, wie toll Privatisierungen im Gesundheitswesen sind und meint, die hohen Renditen kämen ohne Arbeitsterror, chronischer Unterbesetzung und Outsourcing und, und, und... zustande.

Die überschüssige Differenz aus den Diäten ist der Partei oder sozialen und politischen Zwecken zu stiften. Wer mehr als 3000.- Euro netto Einkommen hat, braucht auch keine Aufwandsentschädigungen für Funktionärstätigkeit. Der Gedanke der Aufwandsentschädigung wird sonst ad absurdum geführt, wenn ein Drittel der Lohnabhängigen von weniger als €1700.- monatlich Leben muss und evtl. noch davon Wohnung, Nebenkosten und Versorgung der Kinder bezahlen muss.

Aber dazu schrieb ja gerade **Ghassan Haouache, dem wir uns in dieser Hinsicht anschließen.**

[www.scharf-links.de/90.0.html](http://www.scharf-links.de/90.0.html)

Verfasser ohne Auftraggeber  
Axel Mende

Chris Sedlmair

Weitere Links

Zum Thema am 1.03.2010

[Veröffentlicht am 1.03.2010 in Scharf Links](#)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,710916,00.html>

Luxusleben, hohe Einkünfte, Vermischung privater und dienstlicher Flüge: Die Kritik an Klaus Ernst wird immer schärfer. Eigentlich wollte der Linke-Chef zu den Vorwürfen Stellung nehmen - doch dann erschien auf der Pressekonferenz nur sein Vize. Sogar Parteifreunde sind irritiert.

Weitere Beiträge auf Scharf-Links.de

20. Juni 2010

## Linke Politik geht anders

DIE LINKE ist angetreten, um zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse beizutragen und einen Politikwechsel fort von der Auslieferung der demokratischen Gesellschaft an Kapitalinteressen zu erreichen. Das gilt auch für Bayern.

Dies konkretisiert sich in den Beschlüssen unserer Partei u.a. durch folgende Forderungen:

- Keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sondern demokratische Kontrolle darüber (also auch keine privatrechtliche Form)
- Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn

Gerade diese Forderungen sind in der Partei unstrittig und werden in der Öffentlichkeit mit der LINKEN identifiziert.

Der im April gewählte bayrische Landessprecher hat diesen Kernforderungen nicht nur mehrfach öffentlich widersprochen, er lässt zudem erkennen, dass er die Vertreter dieser Forderungen für ihm geistig weit unterlegen hält.

- In einem Interview mit der Bayerischen Staatszeitung vom 23.4.2010 („ Es ist doch ein Unterschied, ob ich in München arbeite oder ungelernte Kraft im Osten bin“) sprach er sich für einen nach Ort und Qualifikation „differenzierten“ Mindestlohn aus und hat diese Position seither bekräftigt

- Auf öffentlichen Veranstaltungen, in mündlicher und schriftlicher Form trat er mehrfach für eine Gewinnorientierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in privatrechtlicher Form ein und pries private Kliniken für ihre „Effizienz“

Es ist nicht hinnehmbar, dass sich der Landessprecher der bayerischen LINKEN in dieser Form öffentlich äußert. So entsteht der Eindruck, die Partei habe diese Forderungen preisgegeben; dies fügt der Glaubwürdigkeit der LINKEN nicht nur in Bayern schweren Schaden zu, gerade bei gewerkschaftlich engagierten Beschäftigten.

Auch in der Programmdebatte hat Wendl Positionen bezogen, die den Konsens der Partei verlassen. Nicht nur, dass er die Eigentumsfrage unangebracht findet; eine politische Regulierung der Finanzmärkte hält er für naiv, denn sie könnte zu Konflikten mit Bessergestellten führen.

Es gibt Parteien genug, die zu den Positionen passen, die Wendl vertritt. Zu der LINKEN aber passen sie nicht. Für die Stellung eines Landessprechers müssen sie disqualifizieren.

Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der sich Ansehen und Glaubwürdigkeit der krisenverantwortlichen Regierungsparteien der letzten Jahre zusehends auflösen, darf DIE LINKE nicht mit der opportunistischen Preisgabe ihrer programmatischen Grundsätze antworten. Diese Grundsätze verkörpern die einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die

unsere politische Landschaft den Menschen noch bietet. Der Landesverband Bayern braucht einen Landessprecher, der diese Hoffnung verkörpert und eine verlässliche Stütze in den kommenden Kämpfen gegen den absoluten Herrschaftsanspruch der besitzenden Klasse darstellt. Die Antikapitalistische Linke Bayern ist überzeugt: sollte Wendl nicht von sich aus den Weg dafür frei machen, wird dies die Partei tun.

Beschlossen auf der Landesversammlung am 19.6.2010 der Antikapitalistischen Linken Bayern

## **Die Partei kann nicht ohne die Basis**

von Michael Prütz - Als sich im Dezember 2008 die ersten Antikrisenbündnisse bildeten, war die gängige Meinung vieler Teilnehmer, auch wenn das nicht immer öffentlich ausgesprochen wurde, dass es folgende Gleichung gäbe: Finanzkrise = Wirtschaftskrise = Massenarbeitslosigkeit = wachsende Verelendung = Entwicklung von Widerstandspotenzial. Unter dieser Prämisse wurden die beiden ersten großen Demonstrationen am 28. März 2009 organisiert. Mit ca. 50.000 Teilnehmern war dies ein erster Erfolg, der zu der Vermutung Anlass gab, dass sich hier eine neue außerparlamentarische Bewegung formiert. Doch jetzt im Herbst 2009 muss man feststellen, dass die Gleichung bisher in keiner Weise aufgegangen ist. Statt wachsender Massenarbeitslosigkeit gibt es Kurzarbeit, statt Sozialabbau ein äußerst vorsichtiges Lavieren der herrschenden Parteien. Tatsache ist, dass die Krise, die ja noch wie vor existiert, bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung noch nicht..

[Weiterlesen in der roten Fahne vom 9.10.2009](#)

29. Oktober 2009

## **Aktionsbündnis gegen Atomkraft**

In Kulmbach hat sich eine Aktionsbündnis gegen den geplanten Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie formiert hat. Diesem Bündnis gehören an: Der BUND Naturschutz, die Grünen, die ÖDP und DIE LINKE.

Dieses Bündnis hält es für notwendig, gegen die geplante Verlängerung der KW-Laufzeiten in der BRD außerparlamentarisch zu mobilisieren und damit auch den Kampf gegen die schwarz/gelbe Regierung auf dem wichtigen Feld des Umwelt- und Naturschutzes aufzunehmen.

Die Demo beginnt um 13 Uhr in Kulmbach auf dem Großparkplatz Schwedensteg, führt durch die Innenstadt von Kulmbach und endet auf dem Marktplatz in Kulmbach.

Der Kreisverband Kulmbach der LINKEN freut sich, wenn auch aus anderen Kreisverbänden für die Demo mobilisieren würde und er am 28.11. in Kulmbach Bürger und Bürgerinnen aus der gesamten Region begrüßen kann.

Natürlich sind Transparente und Fahnen sehr erwünscht. Nähere Infos können von Arno Pfaffenberger (Kreisvorstand des KV Kulmbach) angefordert werden

[www.die-linke-kulmbach.de](http://www.die-linke-kulmbach.de)

26. Oktober 2009

## Neue "Genversuche" der Gentechnik Lobby



Dass die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit, oder ist die GVO Gegnerschaft der Bevölkerung nur eine Gedankenlosigkeit?, keine Gentechnik auf Acker und Teller wollen – die neue Bundesregierung schert sich nicht darum. Der Koalitionsvertrag trägt die Handschrift derjenigen in FDP und Union, die die Agro-Gentechnik als „Zukunftsbranche“, als „große Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit“ sowie als „Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers“ betrachten.

Der bereits unter der letzten Regierung ins Leben gerufene so genannte „Bioökonomierat“, ein mit 14 ausgewiesenen Gentechnikbefürwortern besetztes Gremium, darunter Vertreter der BASF, Dow AgroSciences und des Deutschen Bauernverbandes, soll für die und mit der Bundesregierung eine Strategie zur Förderung der Gentechnik in Forschung und Anwendung erarbeiten.[weiter](#)

7. Oktober 2009

## Neuwahl des Vorstands

Am gestrigen Dienstagabend wählten die Mitglieder des Kreisverbandes Dachau Die Linke einen neuen Kreisvorstand. Die Neuwahlen waren notwendig geworden, weil zwei Mitglieder des Vorstandes aus persönlichen Gründen ihre Ämter zurück gegeben hatten.

Anwesend waren neben den neun aktiven Mitgliedern des KV, eine Genossin und ein Genosse aus München und Memmingen, sowie der Landessprecher Franc Zega und ein weiteres Mitglied des Landesvorstandes.

Gefreut haben wir uns auch über die Teilnahme von zwei Mitgliedern aus dem Ortsverband Pfaffenhofen. Sie konnten uns ihre Sicht über die vergangenen Wahlen darstellen.

Der neue Vorstand dankte den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren großen Einsatz und die Unterstützung in den vergangenen Wahlkämpfen.

Gewählt wurden in den 6-köpfigen Vorstand:

1. Vorsitzende - Eva Bernardi, Mitglied im Landesvorstand Bayern, Sprecherin der LAG Arbeit und Soziales Bayern und Bundessprecherin der BAG Hartz IV

stellv. Vorsitzender - Wolf-Dieter Krämer, Archiv der Arbeiterbewegung München

Beisitzer - Wolfgang Grain

Schatzmeister - Ralph Eisermann

Zwei Plätze bleiben vakant, wegen der Frauenquote. Leider waren keine weiteren Frauen bei der Wahl anwesend.

Delegierte zum LPT:

Eva Bernardi

Ralph Eisermann

Ersatzdelegierter: Axel Mende

28. August 2009

## **Erwerbslosigkeit - Zeichen einer Marktschwäche**

Ein Grund für die Erwerbslosigkeit in Deutschland und Europa sind die gesättigten Märkte. Das kann man besonders beim Automobilmarkt erkennen. Mit hohen staatlichen Geldgeschenken wurden deshalb potentielle Kunden zu einem Neuwagenkauf motiviert.

Dazu werden Steuergelder an kauffähige Menschen mit einer Vorgabe vergeben. Diese verlangt, dass sie ihre alten KFZ verschrotten und diese nicht über den Gebrauchtwagenmarkt an schwächere Kunden weiterreichen. Das ist eine doppelte Marktmanipulation, schlimmer als in jeder Planwirtschaft. Letzlich hätte man den Verkaufserlös des Gebrauchtwagens mit dem staatlichen Kaufanreiz verrechnen können.

Seitens der Unternehmen wird behauptet, dass die Lohnkosten der Grund für die wirtschaftlichen Probleme ihrer Unternehmen wären. Sie teilen die Lohnkosten in Lohn und Lohnnebenkosten, obwohl beides der Lohn ist, den die Arbeitnehmer mit ihren Vereinigungen über die Jahre erstritten haben. Seit langem schon wird der Lohn in seiner Kaufkraft reduziert. Jetzt soll er für die Unternehmen von dem Teil des Lohnes getrennt werden, der unser Sozialsystem stützt.

Arbeitnehmer ohne Kaufkraft können keine Umsätze tätigen. Das spürt der Handel und die Dienstleistungsbranche.

Tatsächlich bereichert sich die Exportindustrie an der „Inlandsindustrie“ und verweigert sich nicht nur dem zahlen von Steuern auf ihre hohen Gewinne, sie fordert auch noch eine Gesellschaft zerstörende Umverteilung der Sozialkosten auf den Steuerzahler.

Eine Kaufkraftsteigerung oder auch eine Lohnsenkung ist nur dann möglich, wenn das Leistungslose Einkommen eingeschränkt wird. Dazu gehören unter anderem Gewinne aus Börsenspekulationen, Zinsen und Mieten.

Die Errungenschaften der technischen Entwicklungen sind bisher überwiegend den Kapitaleignern zu gute gekommen. Arbeitnehmer haben gleichzeitig ihre Erwerbsarbeit verloren und konnten trotz Schulungen keine neue Anstellung finden, die ihnen einen gleichen oder höheren Lebensstandard bot.

Ein Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Natur und Mensch fußt, kann keine Antworten auf die von diesem System verursachten Fragen geben. Das dogmatische Festhalten an falschen Propheten und die Weigerung Alternativen zum bisherigen Weg zu finden, führen unser Land und einen sehr großen Teil unserer Menschen in die Verelendung und Hoffnungslosigkeit.

So lange der Mensch in unserer Gesellschaft nur an seinem ökonomischen Wert gemessen wird, werden schwache und für den Arbeitsmarkt nicht benötigte Menschen diskriminiert und ausgeschlossen. Dieses erleben zurzeit immer mehr Menschen. Sie sind arm trotz Arbeit und müssen auf den Grundsicherungsstellen um Sozialleistungen betteln. A.M.

11. Januar 2008

## Krankenhäuser

Die KH in Dachau und Markt Indersdorf (nebst der ehem. Koschadeklinik) müssten sofort reprivatisiert werden, da im personellen Bereich die höchste Stufe der Unzufriedenheit erreicht ist. Löhne und Gehälter werden gekürzt, Gratifikationen gestrichen und der Schichtdienst erhöht. Dies kann nicht das Ziel einer Privatisierung sein. **J. Ernst**

6. Dezember 2007

## Post-Mindestlohn

### Konzern übt Druck auf Länder aus

Frankfurt am Main/ Berlin (LiZ). Mit der von der PIN-Group angekündigten Entlassung von 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll offenbar Druck auf die Ministerpräsidenten der Länder ausgeübt werden. „Wir sehen darin einen dreisten und durchsichtigen Erpressungsversuch des Springer-Konzerns auf dem Rücken der Beschäftigten“, sagte der Kandidat der Partei DIE LINKE für den hessischen Landtag, Hermann Schaus. [Mehr in der Linkszeitung](#)

28. September 2007

## Hartz IV sondert Menschen aus

Auch arbeitslose oder gering verdienende Bürger, mit Leistungen nach dem Hartz IV-Gesetz, dem ALG II sind Menschen die ein Anrecht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben.

Diese Erkenntnis fehlt bei den regierenden Parteien, denn da heißt die Devise sehr oft: Nachtreten, wo es nur geht! mehr

16. August 2007

# Pflanzen-Patente: Monopol für Konzerne

In den vergangenen zehn Jahren fand in der Gentechnik - parallel zu einer Ausweitung des Patentschutzes beim Saatgut - ein umfassender Konzentrationsprozess statt. Gewinner dieser Entwicklung waren einige wenige Agrarkonzerne: DuPont, Monsanto, Syngenta, Bayer. [PDF-Zusammenfassung zum vollständigen Greenpeace Bericht](#)

2. August 2007

## Hartz IV bedeutet:

### **1. erhebliche Einschnitte in die verfassungsgemäßen Rechte der Menschen**

Bei Strafe der Leistungskürzung verordnete Eingliederungsvereinbarungen verletzen die Vertragsfreiheit. Zweifelhafte Datenerhebungen bei der Antragsstellung zur Gewährung der Hilfe zum Lebensunterhalt bedeuten das Vorenthalten demokratischer Grundrechte für einen großen Teil der Bevölkerung.

Diese Bürger werden praktisch entmündigt, weil es keine Erwerbsarbeit für sie gibt, die ihnen einen Leben ohne staatliche Fürsorge ermöglichen kann.

### **2. die Senkung der Einkommen aller Erwerbstätigen**

Eine Mischung aus verschiedenen Leistungskürzungen auf das Sozialhilfeniveau von derzeit €11,19 / täglich und die Abschaffung des bisherigen Schutzes der Zumutbarkeitsregelung, zwingt Menschen zur Arbeit um jedem Preis. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze und so fallen die schwächsten Menschen in ein sich verschlimmerndes Elend.

### **3. die Erhöhung der Profite**

Unternehmen können anfangs, bedingt durch die Auswirkungen der Hartz IV Gesetze, von geringeren Lohnkosten profitieren. Langfristig wird auch dieser Vorteil entfallen, da die allgemeine Kaufkraft der Menschen im Wirtschaftsraum Deutschland sinken wird.

[mehr lesen Sie hier](#)

Quelle: [http://www.die-linke-dachau.de/politik/kv\\_dachau/](http://www.die-linke-dachau.de/politik/kv_dachau/)